



Der Kampf der KPD gegen die faschistische Gefahr

Aus einer Arbeit zum Jugendobjekt der FDJ-GO der Sektion Geschichte „Thälmann in Leipzig“ / Teil III

Bei der Mobilisierung der Massen legte die KPD großes Gewicht auf die Jugendarbeit. Einmal war das ja die Kampfesreserve der Partei und mußte deshalb dem Einfluß der faschistischen und bürgerlichen Jugendorganisationen entzogen werden, zum anderen hatte besonders die Jugend unter der kapitalistischen Ausbeutung zu leiden. Ernst Thälmann maß der Jugendarbeit schon sehr früh große Bedeutung bei.

Wir marschieren mit den Massen!

Diese Wertebewertung drückte er auch während des V. Reichstreffens des KJVD am 21. April 1930 auf dem heutigen Karl-Marx-Platz aus. In seiner begeisterten aufgenommenen Rede hielt er den bürgerlichen und sozialdemokratischen Verleumdungen entgegen: „Wenn diese Leute sich darüber empören, daß wir die Jugend und selbst die Kinder des Proletariats, wie sie sagen, vor den Wagen des Kommunismus spannen, dann erklären wir ihnen, daß wir niemals zulassen werden, daß die Jugend der Arbeiterklasse und ihre Kinder... ihren Klassenbrüdern entfremdet werden“. Er betonte, daß die KPD die einzige Partei ist, die konsequente Jugendarbeit leistet und für die Interessen der Jugend eintritt. Der KJVD ist eng mit den proletarischen Massen verbunden und stellt sich den entscheidenden Fragen des Klassenkampfes. „Wir marschieren dort, wo die Massen der Proletarier sind“, sagte Ernst Thälmann. Er stellte der Jugend drei Aufgaben: Kampf gegen imperialistische Kriegsvorbereitung, Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung, Kampf gegen Nationalfaschismus und Sozialfaschismus. — Das ist auch eine der falschen theoretischen An-

schaunungen der KPD, die davon zeugt, daß es der KPD und der KJVD noch nicht vollständig gelungen war, sowohl den Faschismus als auch die wirkliche Rolle der sozialdemokratischen Politik zu analysieren und die einfachen sozialdemokrati-

er das arbeiterfeindliche Programm der SPD, welche gemeinsame Sache mit der Bourgeoisie machte und damit dem Faschismus Vorschub leistete. Das kommunistische Wahlprogramm mit seinen sozialen Forderungen



Ernst Thälmann während seiner Rede am 9. April 1932 in Leipzig

schon Mitglieder als Bundesgenossen zu gewinnen. Die Praxis zeigte deutlich die Schädlichkeit dieser Theorie. Viele SPD-Mitglieder wurden durch solche Thesen des „Sozialfaschismus“ vor den Kopf gestoßen und fanden nicht den Weg zur KPD.

Der politische Höhepunkt der Wahlkampagne der KPD für die Wahlen zum Sächsischen Landtag war eine Kundgebung am 19. 6. 1930. Die SAZ schrieb unter dem Eindruck der Wahlkampagne über die Volksverbundenheit der Führer der KPD: „Es gibt keine Partei, deren Führer je (so) tief in den Massen verwurzelt (waren), je (so) von der glühenden Liebe ihrer Klasse getragen (waren), wie die Kommunistische Partei.“

Thälmann legte das Wahlprogramm dar und bezeichnete besonders den Faschismus als Feind der Arbeiterklasse. Der KPD kam es in der Wahlkampagne darauf an, eine faschistische Landesregierung zu verhindern. Gleichzeitig brandmarkte

wurde später durch das „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ wesentlich erweitert. Dieses Programm war Antwort und Alternative der KPD auf die nationale und soziale Demagogie der Nazis. Es zeigte klare ant imperialistische Forderungen und stellte einen gangbaren Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise dar.

Fortschritte in Bündnisfragen

In den Jahren 1930–32 gelang es der KPD in verstärktem Maße, ihre Massenpolitik durchzusetzen und in der Bündnisfrage Fortschritte zu erzielen. Dies drückt sich auch auf dem Parteiparteitag vom 23. bis

zum 27. 3. 1932 aus. An den Beratungen nahmen viele Delegationen von Betriebszellen teil. Weiter berichtete die „Rote Fahne“: „Eine starke Delegation von werktätigen Bauern übertrug die Größe der revolutionären Bauernschaft und übergab dem Genossen Thälmann als Zeichen der Kampfbereitschaft mit den Arbeitern eine Sensenfahe.“ In seiner Rede konstatierte Thälmann den Aufschwung der sächsischen Parteiorganisation in den letzten Monaten, den er auf den verstärkten Kurs auf die Betriebe zurückführte. Gleichzeitig sei die Partei nicht nur äußerlich gewachsen, sondern habe sich auch innerlich gefestigt.

Teddy letztmalig bei Leipziguern

Der letzte Aufenthalt Ernst Thälmanns in Leipzig war am 9. 4. 1932 anlässlich einer Kundgebung zum Reichspräsidentenwahl auf dem Volksmarschplatz. Inmitten eines großen Arbeiterbezirks. Der KPD kam es v. a. darauf an, die Wahl Hitlers oder eines anderen bürgerlichen Kandidaten zu verhindern, die einen weiteren Schritt zur offenen Diktatur bedeutete hätte. Deshalb wandte sich die KPD an die SPD-Führung mit dem Vorschlag, einen gemeinsamen Arbeiterkandidaten aufzustellen. Die SPD schlug dies aus, stimmte für das „kleinere Übel“ und führte den Wahlkampf unter der Losung „Schlagt Hitler, darum keine Stimme für Thälmann“.

In einer Zeit verschärfter Klassenauseinandersetzungen zeigte Thälmann dem Leipziger Proletariat den Ausweg aus kapitalistischer Ausbeutung, faschistischer Kriegsvorbereitung durch zielbewußten proletarischen Kampf. Er prangerte das Klassenwesen der bürgerlichen Demokratie an und legte dar, daß es wahre Demokratie erst im Sozial-



ismus geben kann. Dies richtet sich besonders gegen die Illusionen der SPD über die parlamentarische Demokratie, deren imperialistischer Klassencharakter in der Weimarer Republik deutlich zutage trat. An der Kundgebung nahmen 300 000 kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter teil. Dies war ein Modell für die Antifaschistische Aktion, die eine möglichste Verhinderung der faschistischen Diktatur darstellte. Besonders hierfür waren die Grundlagen in Leipzig günstig, was sich auch an den Wahlergebnissen 1932 in Leipzig widerspiegelt, die für die Arbeiterparteien positiver ausfielen als im Reichsdurchschnitt. Auf Grund der späteren Tätigkeit der rechten SPD-Führung konnten diese Vorteile nicht für gemeinsame Aktionen von Kommunisten und Sozialdemokraten genutzt werden.

Auch die antifaschistische Aktion, die sich ab Ende Mai 1932 herausbildete und den Höhepunkt der Einheitsfrontpolitik der KPD vor 1933 darstellte, war — trotz einiger wichtiger Teilerfolge — letztlich nicht in der Lage, den faschistischen Machtantritt zu verhindern. Das Wirken Ernst Thälmanns in Leipzig war von gesamt nationaler Bedeutung und bildet einen Bestandteil der deutschen Arbeiterbewegung, für die von hier aus vielfältige Impulse gegeben wurden, die für die gesamte kommunistische Politik wertvoll waren. Die Erschließung der Beziehungen Ernst Thälmanns zur Leipziger Arbeiterbewegung als Teil seines Vermächtnisses soll besonders für die Jugend eine Anregung zum weiteren Studium sein. Es kommt darauf an, die Traditionslinien der deutschen Arbeiterbewegung zu untersuchen und fortzusetzen; noch wichtiger dabei ist, daß Lehren für die Aneignung der marxistisch-leninistischen Theorie gezogen werden.

Sozialistische Diplomatie

Es ist ein ganz natürlicher Vorgang, daß mit der zunehmenden Bedeutung internationaler Beziehungen die Anforderungen wachsen, sich mit den damit zusammenhängenden Fragen wissenschaftlich fundiert zu beschäftigen und gleichzeitig einem breiten Leserkreis verständlich zu machen. Aus der Fülle der besonders nach 1970 in erfreulicher Anzahl auf unserem Büchermarkt dazu erschienenen Publikationen ragt diese von bekannten sowjetischen Autoren verfaßte Arbeit hervor. Sie gibt auf nicht ganz 200 Seiten einen sehr informativen, vor allem aber populär gehaltenen Überblick über die Grundlinien sozialistischer Diplomatie.

Das erstmals 1973 in Moskau verlegte Buch ist in sieben Kapiteln gegliedert. Im Mittelpunkt stehen dabei die Beziehungen sozialistischer Länder untereinander (Kap. II), das Verhältnis zu den Entwicklungsländern (Kap. III), sowie die Beziehungen zu kapitalistischen Staaten (Kap. IV). Besonderer Wert erwacht der Arbeit aus einem Einleitungskapitel, das sich mit Entstehung und Besonderheiten der Diplomatie im allgemeinen und der sozialistischen Diplomatie im besonderen beschäftigt. Diplomatie bestimmen die Autoren „als die praktische



Tätigkeit des Staates zur Verwirklichung seiner Außenpolitik, zur Realisierung seiner Ziele und Aufgaben auf dem Schauplatz des internationalen Geschehens sowie zum Schutz seiner Rechte und Interessen im Ausland (...). Sie bedient sich politischer Formen des Verkehrs zwischen den Staaten im Zusammenwirken mit anderen Formen — ökonomischen, juristischen, kulturellen usw.“ (S. 21). Einen hervorragenden Platz nimmt der Kampf der sozialistischen Staaten um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, um europäische und weltweite Sicherheit ein. Die Autoren stellen dabei sowohl die theoretische Fundierung der damit verbundenen Prinzipien durch W.I. Lenin als auch ihre praktische Realisierung durch die Diplomatie der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder dar. Diese gelungene Verknüpfung belegt Kontinuität, Prinzipienfestigkeit und Flexibilität sozialistischer Friedensstrategie. Besonders anschaulich wird das u. a. bei der Charakterisierung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung und der weitestgehenden Politik der Sowjetunion, dieses „Ideal des Sozialismus“ (Lenin) über Teilschritte zur Rüstungsbegrenzung zu erreichen. Das Buch spannt dabei einen Bogen vom ersten internationalen Auftreten der Sowjetunion im Genue 1922 über das Initiieren des Genfer Abrüstungskonferenzen 1925 bis zum Abschluß eines Vertrages mit den USA über die Verhinderung eines Nuklearkrieges.

Anschaulich wird das aber auch bei der detaillierten Aufarbeitung der sozialistischen Friedenspolitik nach dem zweiten Weltkrieg, für die besonders seit Mitte der 60er Jahre immer bessere Voraussetzungen gegeben sind und die in dem bekannten europäischen Vertragswerk einen wichtigen Erfolg verzeichnen konnte.

Auch die überzeugende polemische Auseinandersetzung kommt nicht zu kurz. So wenn sich die Autoren mit den Gegnern der Idee von der friedlichen Koexistenz befassen und dabei rechte wie pseudo linke Auffassungen widerlegen.

Gewissermaßen als Abrundung macht die Arbeit in einem siebensten und letzten Kapitel über die Vereinten Nationen die globalen Dimensionen, den weltweiten Einfluß sozialistischer Politik deutlich. Auch in der UNO spielt der Sozialismus eine immer gewichtiger Rolle, wie in jüngster Zeit die XXIX. Vollversammlung erneut eindrucksvoll bestätigte.

Dr. Fatko Haas

Dr. Günter Baranowski

An alle Fachfragen politisch herangehen

Zu den Aufgaben der Bibliotheken / Von Prof. Dr. Gregor Schirmer, Stellvertreter des Ministers für das Hoch- und Fachschulwesen (Schluß)

Die Effektivität der Bibliotheken hängt beträchtlich von ihrer material-technischen Basis ab. An einigen Bibliotheken konnte diese Basis verbessert werden. So wurden z. B. wichtige erwünschte Schritte unternommen, um die elektronische Datenverarbeitung in der bibliothekarischen und informatischen Arbeit anzuwenden. Wir wissen aber, daß noch viel zu tun ist, um die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter der Bibliotheken zu verbessern, die Speicherkapazität zu erweitern, die Zahl der Arzplätze in Lesesälen zu vergrößern, die technischen Ausrüstungen zu modernisieren.

Einige Probleme, vor allem die mit Maßnahmen verbundenen, können angesichts der großen Aufgaben des Bauwesens nur langfristig gelöst werden. Die technische Ausrüstung der Bibliotheken muß im Sinne sozialistischer Rationalisierung entschieden verbessert werden, wenn die Bibliotheken nicht hinter den Erfordernissen zurückbleiben wollen. Im Rahmen der Volkswirtschaftspläne, vor allem des Fünfjahresplanes 1976 bis 1980, müssen Maßnahmen getroffen werden, um die Ausrüstung der Bibliotheken mit reprographischen Geräten, mit Schreibautomaten, Buchbindertechnik und Bürotechnik zu verbessern. Der Leihverkehr kann durch den Ausbau von Telex-Anschlüssen, Transportmitteln und anderen technischen Mitteln verbessert werden. Den Projekten zur Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung ist weiterhin das gebührende Augenmerk zu schenken.

Wie betrachten die moderne Bibliothekstechnik nicht losgelöst von den Menschen, die sie anwenden. Bei der Erziehung von Qualität und Effektivität der Arbeit sind die politische Überzeugung und Haltung, das fachliche Wissen und Können, die Einheitsbereitschaft und Arbeitsmoral der Bibliothekare und Informanten aus-

schlaggebend. Den Mitarbeitern der Bibliotheken gebührt für ihre hervorragende und aufopferungsvolle Arbeit Dank und Anerkennung. Der sozialistische Wettbewerb und seine Ergebnisse unterstützen die Bemühungen um Standardisierung und Rationalisierung und um die Durchsetzung einer wissenschaftlichen Arbeitsorganisation wesentlich. Die Leiter der Bibliotheken sollten die Sorgen um die politische und fachliche Entwicklung ihrer Kollektive als erste Aufgabe der Leitungsaufgabe ansehen. Daraus ergeben sich als Schwerpunkte sozialistischer Leitungstätigkeit:

Erstens die lebendige und prinzipielle politisch-ideologische Arbeit mit den Mitarbeitern. Wir brauchen das vertrauensvolle Gespräch über die politischen Fragen unserer Zeit und über die Probleme der Arbeit und des Alltags. Wir wollen erreichen, daß an alle bibliothekarischen Fachfragen politisch herangegangen wird.

Zweitens die Verbesserung der Kaderarbeit, die wir als lebendige Arbeit mit den Menschen verstehen. Dazu gehört vor allem die Sorge um die Entwicklung des bibliothekarischen Nachwuchses und um die marxistisch-leninistische sowie fachliche Qualifizierung der Mitarbeiter. Drittens die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Mitarbeiter, die Entwicklung der sozialistischen Demokratie und einer guten Arbeitsatmosphäre, die das Miteinander fördert, zu Initiativen anregt.

Eine aus der Kenntnis der Aufgaben und Probleme erwachsende Bereitschaft zum Mitverantworten und Mitgestalten aller Angelegenheiten der Bibliothek durch alle Mitarbeiter zu erreichen, ist das Ziel sozialistischer Leitungstätigkeit.

Aus: Zentralblatt für Bibliothekswesen

Neues Studienmaterial zur „Theorie des sozialistischen Rechts“ erarbeitet

Es ist eine objektive Gesetzmäßigkeit, daß die Rolle des sozialistischen Staates und seines Rechts bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wächst. Dem entspricht die Forderung der Partei, die theoretische Arbeit zu den allgemeinen Fragen

Zur Verwirklichung dieses Auftrags wurde von dem Kollektiv der Staats- und Rechtswissenschaftler an der Sektion Rechtswissenschaft unter der Gesamtredaktion von Prof. Dr. Ingo Wagner ein Lehr- und Studienmaterial „Theorie des sozialistischen Rechts“ erarbeitet. In sechs Hefen, die von Prof. Dr. T. Schirmer, Prof. Dr. I. Wagner, Dr. G. Baranowski, Dr. W. Grehn



und Dr. Lotze erarbeitet wurden, werden folgende rechtstheoretische Grundfragen behandelt: das sozialistische Recht und die entwickelte sozialistische Gesellschaft; die rechtsetzende Tätigkeit des sozialistischen Staates; die Normen und das System des sozialistischen Rechts; das sozialistische Rechtsverhältnis; die Effektivität des sozialistischen Rechts; die sozialistische Gesetzlichkeit und Rechtsordnung; Verantwortung und Rechtsverletzungen in der sozialistischen Gesellschaft; das Recht und der Kommunismus.

des sozialistischen Rechts bedeutend zu qualifizieren. Es versteht sich dabei von selbst, daß der Verbesserung der staats- und rechtstheoretischen Ausbildung im Rahmen des rechtswissenschaftlichen Studiums eine besondere Bedeutung zukommt.

Gestützt auf die Grundansagen der Klassiker des Marxismus-Leninismus und auf die Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen Parteien, insbesondere der KPdSU und der SED, wird das sozialistische Recht konsequent mit der gesellschaftstheoretischen Rolle der Arbeiterklasse verbunden. Diesen führenden konzeptionellen Gedanken lassen alle Abschnitte sichtbar werden. Die wachsende Rolle des sozialistischen Rechts wird primär hergeleitet aus der wachsenden Rolle der Arbeiterklasse und ihres Hauptinstrumentes, des sozialistischen Staates. Aus der historischen Rolle der Arbeiterklasse erwachsen zugleich auch die historische völlig neuen Züge des sozialistischen Rechts, seine Entgegensetzung zum bürgerlichen Recht.

Das Klassenwesen des sozialistischen Rechts, seine Verwurzelung in den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen, sein aktiver Bezug zu den objektiven gesellschaftlichen Gesetzen wird in der durchgängig zugrundegelegten Begriffsbestimmung des sozialistischen Rechts deutlich herausgestellt: „Das sozialistische Recht ist das System der vom sozialistischen Staat festgelegten oder sanktionierten allgemeinverbindlichen Rechtsnormen. Als eine Verkörperung des letztlich materiell bedingten staatlich-politischen Willens der gesellschaftlich führenden Arbeiterklasse und ihrer werktätigen Bundesgenossen ist es Ausdruck der objektiven Gesetze des Sozialismus und staatliches Instrument ihrer Durchsetzung. Die Verwirklichung der Rechtsnormen wird durch die sozialistische Gesellschafts- und Staatsordnung — erforderlichenfalls durch den staatlichen Zwang — gewährleistet.“ (Heft 1: Das sozialistische Recht und die entwickelte sozialistische Gesellschaft, S. 20) Diese Bestim-

Dr. Günter Baranowski